

Das Steuerkonzept der FDP unter der Lupe

Die FDP hat einen Entwurf eines Antrags für den Bundesparteitag am 24./25. April vorgelegt. Dieser Antrag ist als ein Versuch zu verstehen, aus der Defensive zu kommen: Die Steuersenkungsversprechen vor der Wahl können nicht eingehalten werden: In der Bevölkerung werden Steuersenkungen auf Pump abgelehnt; die Lage der Bundes- und Kommunalhaushalte ist als dramatisch erkannt. Gleichzeitig bleiben Steuersenkungen die einzige zentrale Forderung der Ein-Themen-Partei FDP.

Bewertung

- **Der Antrag ist mehr als ein Steuerkonzept.** Es geht um die Diskreditierung und Schwächung des Staates, um Lohndumping und die Ausweitung des Niedriglohnssektors sowie um die Privatisierung der sozialen Sicherung.
- **Für den Normalverdiener bedeuten die Pläne der neuen Regierung „linke Tasche, rechte Tasche“. Geringverdiener werden hingegen mehr belastet.** Sozialabgaben werden eingeschränkt (unter anderem Mietkostenpauschale Grundsicherung, Bürgergeld, generelle Senkung Sozialabgaben), der Niedriglohnsektor wird ausgebaut, die Gebühren steigen für alle. Hingegen profitieren besonders die Besserverdienenden und Unternehmer von den FDP-Plänen. Die FDP versucht dies zu verheimlichen: Die von Schwarz-gelb beschlossene Hotelsteuer wird verschwiegen. Über die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland verliert die FDP kein Wort. Das Thema Steuerhinterziehung kommt nur am Rande vor.
- **Nettolüge:** Nach der NRW-Wahl wird die Rechnung präsentiert, die in dem „Konzept“ noch wolkig umschrieben ist (weitere Beispiele siehe Seite 5f.):
 - Streichung der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit.
 - Einführung der Umsatzsteuerpflicht für kommunale Unternehmen (150 Euro mehr im Jahr für Müll- und Abwassergebühren laut Mieterbund).
 - Die „Entlastung“ für eine Familie mit einem zu versteuernden Einkommen von 20.000 Euro beträgt 72 Euro pro Jahr.
 - Werbungskosten sollen pauschal in Höhe von 2 Prozent der Einkünfte geltend gemacht werden, bedeutet, dass alle Bezieher von Einkünften unter 46.000 Euro weniger absetzen können und somit mehr Steuern zahlen. Besserverdienende können derart höhere Werbungskosten absetzen und weniger Steuern zahlen.

- **Der zweite Teil der Nettolüge:** Die FDP will eine Kommunalsteuer als Ersatz für die Gewerbesteuer einführen. Das bedeutet nichts anderes als der Einstieg in einen Steuerwettbewerb zwischen den Kommunen. Reichere Kommunen werden sich eher leisten können, auf einen Aufschlag zu verzichten als arme Kommunen. In armen Kommunen tragen dann statt der Unternehmen alle Bürger über eine „Kommunalsteuer“ die Finanzierung. FDP-Generalsekretär Lindner sagte: „Die Reform wird belastungsneutral für die Kommunen sein.“ (dpa, 14. April 2010). Sie wird aber nicht belastungsneutral für die Normalverdiener sein. Für Normalverdiener wird es im Ergebnis teurer.
- **Auch 16 Milliarden Euro Steuerausfälle sind für Bund, Länder und Gemeinden nicht zu verkraften.** Das sind 2,4 Milliarden Euro weniger für die Städte und Gemeinden. Um das zu finanzieren, müssten die Kommunen 240.000 Kita-Plätze streichen, wenn man einen Kita-Platz – sehr großzügig – mit 10.000 Euro pro Jahr ansetzt. FDP-Generalsekretär Lindner hat vom „Staat als teuren Schwächling“ gesprochen. Im Gegenteil ist richtig: Die FDP will den Staat zum Schwächling machen.
- **Den Ländern drohen Einnahmeausfälle von 6,8 Milliarden Euro,** das entspricht 112.000 Lehrerstellen. Und wo die FDP 6,8 Milliarden Euro im Bundeshaushalt hernehmen will, ist ihr Geheimnis. Dazu muss der Bund noch 10 Milliarden Euro aufgrund der Schuldenregel einsparen. Und mit 10 Milliarden Euro soll die Kopfpauschale finanziert werden.
- **Es sind keine Wachstumseffekte zu erwarten.** Das sagen fast alle Institute (Zimmermann, DIW; Fuest, Wissenschaftlicher Beirat BMF). Im Gegenteil: Allgemeine Steuer-senkungen machen gezielte Investitionsförderung über Abschreibungen und steuerliche Anreize schwieriger.

Konkrete Forderungen und Inhalte des Papiers

Grundtenor des Papiers

- Die FDP formuliert in dem Entwurf eine „engste Verbindung zwischen Steuer- und Transfersystem“. In dem Antrag sind daher sowohl steuerpolitische als auch arbeitsmarktpolitische Elemente enthalten.
- Man spürt die Handschrift des neuen Generalsekretärs Lindner, der FDP ein sozialeres Gesicht zu geben: „*Gerechtigkeit bemisst sich deshalb nicht nur an den Auszahlungen des Staates, sondern auch an den Lasten, die er zuvor auferlegt. Eine wirklich soziale Politik darf die Frage, wie der Staat Geld ausgibt, niemals lösen von der Frage, wie er dieses Geld bei den Bürgern eintreibt. Zu einem gerechten Sozialstaat gehört immer auch ein gerechtes Steuersystem: Arbeit muss sich immer lohnen... Soziale Gerechtigkeit darf nicht nur auf der Ausgabenseite stattfinden. Auch die gerechte Besteuerung der Bürger ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit.*“

- Das Thema Steuervereinfachung wird neu betont. *„Für die FDP ist es nicht gerecht und nicht fair, wenn der Staat seinen Bürgern Steuern abverlangt, die Regeln dafür aber so kompliziert sind, dass weder die Steuerbürger/Unternehmer noch die steuerberatenden Berufe sie fehlerfrei anwenden können.“*
- Die FDP formuliert – ähnlich wie bei der Kopfpauschale –, dass die hier formulierten Forderungen Steuersenkungen „nicht auf einen Schlag, sondern nur in Schritten realisiert werden können“. Hierdurch wird versucht, die geringer als im Wahlkampf vorgesehenen Senkungen und die Verschiebung des Zeitpunkts gegenüber dem Wähler zu rechtfertigen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz war demnach der erste Schritt. (Die Hotelsteuer wird in dem Papier aber verschwiegen.)
- Phänomene wie Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit werden konsequent dem Staat angelastet: *„Wenn immer mehr Bürger das Vertrauen in ihren Staat verlieren, muss die Politik gegensteuern.“*

Vereinfachung des Steuersystems

Neben manchen gegebenenfalls überdenkenswerten Vorschlägen gibt es insbesondere zwei Vorschläge, welche Normalverdiener belasten, Reiche entlasten würden:

- Werbungskosten sollen pauschal in Höhe von 2 Prozent der Einkünfte geltend gemacht werden können. Dies benachteiligt die Bezieher geringer Einkünfte und begünstigt diejenigen mit hohen Einkünften. Der Arbeitnehmerpauschbetrag beträgt jetzt 920 Euro. Damit bedeutet dies für alle Bezieher von Einkünften unter 46.000 Euro mehr Steuern und weniger Geld.
- Regeln zur steuerlichen Berücksichtigung von Kosten der Kinderbetreuung sollen geändert werden: Persönliche Anspruchsvoraussetzungen wie Berufstätigkeit sollen wegfallen und die Kosten „mit den geltenden Beträgen als Sonderausgaben“ abzugsfähig sein. Dies bedient ebenfalls Gut- und Höchstverdiener, die hohen Kosten für den Privatschulbesuch steuerwirksam absetzen können. Wer sein Kind nach Salem schickt, kann diese Ausgaben vollständig absetzen.

Steuertarif und Steuersenkungen

Die FDP formuliert einen Fünf-Stufentarif und verabschiedet sich vom alten Stufentarif (10, 25, 35), den sie noch im Wahlkampf versprochen hatte. Sie rechnet vor, dass sie damit ihre Wahlversprechen für 24 MilliardenEuro Steuersenkung eingelöst habe:

„Von diesem Entlastungsvolumen sind die bereits in Kraft getretenen Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes in Höhe von rund 8 Milliarden Euro abzuziehen, so dass ein Entlastungsvolumen von rund 16 Milliarden Euro verbleibt. Die Gesetzesänderungen sind spätestens 2012 umzusetzen.“ (laut FTD, 15. April 2010, seien es sogar nur 14 Milliarden)

Bedeutsam ist die Beibehaltung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes sowie der Reichensteuer. Derart besteht zwar weiterhin eine deutliche Mehrentlastung von Besserverdienenden, jedoch nicht mehr in der krassen Form des alten Stufentarifs. Die FDP verspricht damit eine Abmilderung der „kalten Progression“ und des „Mittelstandsbauches“, während höhere Einkommen nicht „zusätzlich entlastet würden“.

	zu versteuerndes Einkommen in Euro	Steuersatz in Prozent
Grundfreibetrag	bis 8.004	-
1. Stufe	bis 12.500	14
2. Stufe	bis 35.000	25
3. Stufe	bis 53.000	35
4. Stufe	bis 250.730	42
5. Stufe	über 250.730	45

Auswirkungen

<i>Familie mit zu versteuerndem Einkommen im Jahr von</i>	<i>Ersparnis zum jetzigen Tarif jährlich</i>
20.000 Euro	72 Euro
30.000 Euro	312 Euro
50.000 Euro	700 Euro
80.000 Euro	2.006 Euro

Die FDP versucht ihr Finanzkonzept als vernünftig darzustellen: Otto Solms sagte: Man sehe sehr wohl die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Staatshaushalt. „Wir sind nicht blind und realitätsfern.“ Die großen Reformziele kämen zudem „nicht auf einen Schlag, sondern in einzelnen Schritten“. In dieser Legislaturperiode realisiere die FDP, wenn die Union mitmache, etwa 60 Prozent dieser Ziele. (ddp, 13. April 2010)

Kommunalfinanzen

- Die FDP fordert eine Steuererhöhung für Unternehmen bei Ersatz der Gewerbesteuer: „Für den Fall der Ersetzung der Gewerbesteuer ist die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent anzuheben, damit die Besteuerungshöhe konstant bleibt.“
- Der Entwurf sieht einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer als Ersatz der Gewerbesteuer mit eigenem Hebesatzrecht vor. Das bedeutet nichts anderes als den Einstieg in einen Steuerwettbewerb zwischen den Kommunen. Reichere Kommunen werden sich eher leisten können, auf einen Aufschlag zu verzichten als arme Kommunen. In diesen Gemeinden tragen dann statt der Unternehmen alle Bürger über eine „Kommunalsteuer“ die Finanzierung der Kommune: Für Normalverdiener wird es im Ergebnis teurer. Und auch für Personengesellschaften, die der Einkommensteuer unterliegen. Diejenigen, die es sich leisten können, werden die Kommune wechseln.

- Schwarz-gelb will eine Mietkostenpauschale von Heizkosten und Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger einführen und damit zusätzlich "mehrere Milliarden Euro" jährlich im Bundeshaushalt einsparen. (BILD, 25. Juni 2009) Schwarz-gelb argumentiert dabei zynisch, dass doch die Hartz IV-Empfänger dadurch Energie sparen können: „Wir wollen damit auch dazu beitragen, dass die Zahl der Prozesse in diesem Bereich zurückgeht und gleichzeitig Anreize für einen sparsamen Energieverbrauch setzen“ (Koalitionsvertrag). Die FDP verspricht den Kommunen derart eine Senkung der Kosten. Der FDP-Antrag verspricht den Leistungsempfängern ebenfalls zynisch eine größere „Selbstbestimmung“.

Grundsicherung/Arbeitsmarkt

- Die FDP fordert die „Verbindung von Geld- und ergänzenden Sachleistungen“ bei der Grundsicherung in Form beispielsweise von Gutscheinen für die Teilnahme an kulturellen Angeboten oder der freien Mittagsverpflegung in der Schule.
- Erhöhung Schonvermögen; Schutz selbst genutzter Immobilien (Koalitionsvertrag).
- Volle Regelsätze für volljährige zusammenlebende Partner (Bedarfsgemeinschaften). Die Finanzierung soll nur über Einsparungen durch dadurch entstehenden Entlastungen bei den Kosten Unterkunft und in der Verwaltung zur Finanzierung erreicht werden – Einsparungen, die im Kapitel vorher den Kommunen versprochen wurden.
- Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten für Empfänger der Grundsicherung „als Brücke in den Arbeitsmarkt“ (Erhöhung der Freibetragsregelungen im ALG II): „*Aufstocken darf kein Schimpfwort sein.*“ Ziel der FDP ist deutlich die Ausweitung des Niedriglohnsektors.
- Entlastung der Geringverdiener durch eine Absenkung der Sozialabgaben: „Auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte Gesundheitsreform dient diesem Ziel.“
- Prüfung Erhöhung Grenze sozialversicherungspflichtiger Midi-Jobs auf 1000 Euro.
- Ziel Bürgergeld: Die Schritte dahin sind eine Gesamtübersicht und -evaluation aller sozialen Leistungen mit dem Ziel ihrer Bündelung; Aufgehen des Wohngeldes und des Kinderzuschlags in ALG II; Integration Sozialgeld in die Sozialhilfe; langfristiges Ziel Zusammenlegung von ALG II und Sozialhilfe; Zusammenlegung von Behörden. Letztlich wird dies Kürzungen bei den Beziehern bedeuten.
- Grundsatz „Keine Leistung ohne Gegenleistung“: „*Demjenigen, der arbeitsfähig ist und die Aufnahme einer Arbeit verweigert, werden Leistungen für den Lebensunterhalt durch eine konsequente Anwendung der bestehenden Rechtslage gekürzt. Die extreme Spreizung der Sanktionsquoten – in Bayern wird zu gut 50 Prozent öfter sanktioniert als in Bremen – ist ein Indiz dafür, dass die Rechtsanwendung unterschiedlich erfolgt und mancherorts verbesserungswürdig ist.*“

Einen gesetzlichen Mindestlohn lehnt die FDP „strikt ab“. „Die Rechtsprechung zum Verbot sittenwidriger Löhne werden wir gesetzlich verankern.“ Dies bedeutet aber faktisch, dass bei Tariflöhnen im Hotelgewerbe in Nordrhein-Westfalen von 6,50 Euro Lohndumping erst bei 4,36 Euro pro € beginnt und sogar gesetzlich absegnet wird.

Finanzierung der Maßnahmen

Die FDP fordert explizit eine „*konsequente Überprüfung aller staatlicher Vorgaben, Aufgaben und Ausgaben*“.

- Die FDP behauptet erneut, dass sich die „*Steuersenkungen sich durch ihre wachstumssteigernde Wirkung in wenigen Jahren zu rund 50 Prozent selbst finanzieren*“. Dies ist eine Illusion.
- „*Durchforstung der mehr als 70 Steuerbefreiungen in § 3 des Einkommensteuergesetzes*: Das beinhaltet auch den Artikel § 3b und damit die Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit.
- Die FDP formuliert allgemein eine „*Absenkung der Sozialabgaben*“ ohne einen Steuer ausgleich. Wo – ob bei Renten oder Arbeit – sagt sie nicht.
- „*Überprüfung der steuerlichen Vergünstigungen für Unternehmen im Strom- und Energiesteuergesetz (Volumen: 7,1 Milliarden Euro)*.“ Dies wird vor allem die regenerativen Energien treffen. Die FDP fordert hier seit längerem die Kürzung der Unterstützung alternativer Energien.
- „*Grundsätzliche Überarbeitung der Produkte und Leistungen im Hinblick auf die unterschiedlichen Umsatzsteuersätze*“: Das bedeutet eine höhere Mehrwertsteuer, die vor allem die Gering- und Normalverdiener trifft.
- Einführung der Umsatzsteuerpflicht für öffentliche Unternehmen zum Beispiel bei Abfall- und Abwasserentsorgung zur Herstellung von Wettbewerbsgleichheit mit privaten Anbietern. Diese Forderung steht schon im Koalitionsvertrag, hat die Union also mitgetragen! Nach Berechnung des Mieterbundes bedeutet dies 150 Euro mehr an Müll- und Abwassergebühren für die Bürger.
- Beschleunigter Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau (Entlastung in Höhe von 0,5 Milliarden Euro). Das ist ein Alibi-Thema, um die wahren Kosten für Gering- und Normalverdiener zu verschleiern.
- „*Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für den international einheitlichen Wegfall der Steuerfreiheit für Flugbenzin einzusetzen*.“ Dieser Vorschlag ist zwar unterstützenswert, aber höchst unsicher!

- Die Forderung nach dem Wegfall der Dynamisierung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV – Streichung von 1 Milliarde Euro – werden über höhere Fahrpreise und/oder geringere Löhne für die Beschäftigten die Bürger belasten. Dabei würden die Fahrpreise schon steigen, weil im schwarz-gelben Koalitionsvertrag die Gleichstellung kommunaler und privater Unternehmen bei der Mehrwertsteuer gefordert wird. Auch hierdurch werden die Leistungen für den Öffentlichen Personen Nahverkehr teurer – auch weil laut Schwarz-Gelb der Staat bei der Mobilität nur noch für die Infrastruktur oder die Wettbewerbsregeln verantwortlich sein soll, nicht aber für die Preise“ (Koalitionsvertrag).
- Die FDP will laut Entwurf die „familienpolitischen Leistungen prüfen und bündeln“, um die Steuersenkungen zu finanzieren. Otto Solms stellte insbesondere das Elterngeld in Frage: „Das Elterngeld ist eine Sozialleistung für Leute, die das nicht nötig haben.“ (FTD, 15. April 2010)
- Wegfall von Arbeitsmarktinstrumenten.
- „Überprüfung von Standards und Normen ... und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für öffentliche und private Investitionen“ – nichts anderes als Einschränkung von Umweltstandards und der Mitentscheidung der Bevölkerung.
- „Die aus der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke resultierenden Mehreinnahmen stehen neben der im Koalitionsvertrag vereinbarten Förderung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung und -nutzung dem Gesamthaushalt zur Verfügung.“